



Schrems, am 31. Juli 2017

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft
Espoo Kontaktstelle, Abteilung I/1
Stubenring 1
1010 Wien

per Email: barbara.prinz@bmlfuw.gv.at

GZ:
752/2017

Bezug:

BearbeiterIn:
Carmen Fichtenbauer

DW:
35

Grenzüberschreitenden SUP-Verfahren zum Konzept zur Entsorgung von radioaktiven Abfällen und abgebranntem Nuklearbrennstoff der Tschechischen Republik

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir bitten um Übermittlung der umseitigen Stellungnahme betreffend grenzüberschreitendem SUP-Verfahren zum Konzept zur Entsorgung von radioaktiven Abfällen und abgebranntem Nuklearbrennstoff der Tschechischen Republik an die zuständigen Behörden in Tschechien (= Ministerium für Industrie und Handel in Prag).

Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen!


Bürgermeister
Karl Harrer






Schrems, am 31. Juli 2017

Ministerium für Industrie und Handel
Na Františku 32
110 15 Praha 1
Tschechische Republik

Stellungnahme zur grenzüberschreitenden SUP zum Konzept zur Entsorgung von radioaktiven Abfällen und abgebranntem Nuklearbrennstoff der Tschech. Republik

In Anlehnung an die Forderungen der tschechischen „Plattform gegen das geologische Tiefenlager“ fordern wir speziell aus Sicht der Bevölkerung von Schrems:

- **Definition eines transparenten und offenen Verfahrens!**
Eines Verfahrens mit im Voraus festgelegten klaren und nachvollziehbaren Auswahlkriterien für die Endlagerung und einer Klarstellung der geplanten Mengen und Größe des Lagers und Verabschiedung eines Gesetzes mit dem die Gemeinden und Öffentlichkeit ihre berechtigten Interessen bei der Entsorgung von abgebranntem Nuklearbrennstoff und Atommüll ab sofort laufend geltend machen können
- **Vom Zeitplan der Endlagersuche abrücken!**
Denn dieser Zeitplan macht unter den aktuellen Umständen eine qualifizierte Entscheidung im Sinne eines sicheren Standorts unmöglich. Die Einhaltung des Termins 2025 für die Entscheidung für den finalen Standort erscheint aufgrund der Fülle an offenen Fragen und Untersuchungsthemen nicht möglich.
Es entsteht der – wohl nicht wünschenswerte Eindruck – dass der Zeitdruck dazu dienen soll, das Atommüllproblem als „gelöst“ darzustellen und so Einwände für den Bau neuer Reaktoren zu vermeiden. Länder wie die Schweiz zeigen vor, dass es um die nachvollziehbare und technisch aufwändige Suche nach Standortregionen und erst aufgrund der Ergebnisse um Entscheidungen für Standort und konkrete Lagertechnik geht.
- **Informationen zur Zwischenlagerung offenlegen!**
Veröffentlichung der relevanten Informationen zum Stand der Zwischenlagerung (Mengen, Haltbarkeit der Gebinde, Revisionszeitpläne, ...)
- **Stranded investments vermeiden!**
Ergänzt um die Betrachtung der realen Situation, führt dieses Entsorgungskonzept und der Umweltbericht zu der Einschätzung, dass das Problem der Endlagerung derzeit nicht gelöst ist, im Gegenteil, die enormen Hindernisse geologischer, technischer Art und der Widerstand der Bevölkerung treten noch klarer zu Tage.
Ohne Lösung für die Endlagerung fordern wir die Menge des anfallenden radioaktiven Mülls möglichst gering zu halten, d. h. den Atomstromanteil nicht durch Neubauten oder Lebensdauerverlängerungen noch zu erhöhen, sondern die Investitionen in Richtung zukunftsfähige, sprich erneuerbare Energiequellen (inkl. Wärme-Kraft-Kopplungen) zu lenken und stranded investments für die tschechische Volkswirtschaft zu vermeiden.


Bürgermeister
Karl Harrer

